

Die russische Sphinx.

Die Zweifler, die der neuen Regierung keine lange Dauer vorauslagten, haben recht behalten, und wenn sich auch kein Regierungswechsel unter schweren Erschütterungen am Newahrstrand vollzieht, so ist doch sicher, daß die provisorische Regierung mit — ihrem „Galein am Ende“ ist. Das ist unschwer aus einer langatmigen Erklärung herauszulesen, die sie veröffentlicht und in der es u. a. heißt:

„Seit dem Sturze der alten Regierung hat die einstweilige Regierung im Bewußtsein der Größe der ihr gestellten Aufgabe und der ihr auferlegten ungeheuren Verantwortung die Würde der Macht auf sich genommen und sich alsbald an die Erfüllung und Verwirklichung des Programms der sozialen Freiheiten und der Fortsetzung des Krieges in enger Gemeinschaft mit den Verbündeten gemacht.“ Die Erklärung zählt dann alle von der Regierung gemäß den von ihr dem Lande gegenüber eingegangenen Verpflichtungen verwirklichten Maßnahmen auf, namentlich Amnestie, Abschaffung der Todesstrafe, Rechtsgleichheit der Bürger, Versammlungs- und Vereinsfreiheit usw.

„Indessen kann die provisorische Regierung,“ heißt es weiter, „dem Volke nicht die Schwierigkeiten verbergen, denen ihre Tätigkeit begegnet, und die in der letzten Zeit in dem Maße zugenommen haben, daß sie beunruhigende Befürchtungen hinsichtlich der Zukunft erzeugt haben. Die Regierung sucht sich auf moralische Kräfte zu stützen. Kein Tropfen Blut des Volkes ist durch ihre Schuld vergossen und kein Gedanke unterdrückt worden. Unglücksfälle halten der Land der sozialen Entwicklung des Landes die sichere Behebung der durch den Sturz der alten Regierung hervorgerufenen Schwierigkeiten auf. Eine Gruppe von vereinzelt wenig gewissenhaften Personen aus bestimmten Klassen sucht ihre Absichten auf gewalttätigem Wege, der die innerpolitische Disziplin zu vernichten und die Anarchie hervorzurufen droht, zu verwirklichen. Die provisorische Regierung hält es für ihre Pflicht, deutlich zu erklären, daß diese Lage der Dinge, die die Verwaltung des Landes erschwert, das Land in innere Schwierigkeiten und zur Niederlage an der Front zu führen droht. Das Gespenst der Anarchie und des Bürgerkrieges, das die Freiheit bedroht, richtet sich vor Rußland auf.“

Um die erworbenen Freiheiten zu bewahren und zu befestigen, fordert die Kundgebung die Allgemeinheit auf, die Macht zu stärken, die sie schenkt. Die Regierung werde ihrerseits die Bemühungen fortsetzen und dahinstreben, sich in ihrer Zusammenfassung zu erweitern, indem sie dazu die Vertreter der lebendigen und schöpferischen Kräfte des Landes auffordern werde, die bisher keinen tätigen und unmittelbaren Anteil an der Verwaltung des Staates genommen haben.

Mit dieser Erklärung leitet die Regierung die Umbildung des Kabinetts im Sinne einer Verschmelzung mit den linkslebenden demokratischen Parteien ein. Dasselbe Ziel verfolgt ein Brief des Justizministers Kerenski an den Arbeiterrat. Die Regierung tut damit einen Schritt, der sie, so unlieb er ihr auch ist, vorläufig davor behüten kann, zu Argern gezwungen zu werden. Ob es ihr gelingt, dadurch die Wachsamkeit der der Kriegshege entgegenarbeitenden Elemente im Arbeiter- und Soldatenrat abzuschwächen, muß noch abgewartet werden. Gelingt das nicht, so können sich die Schwierigkeiten eher noch vergrößern, und die von den Kabinetten und dem Vierverband angestrebte Ausnutzung der Revolution im Sinne einer entschlossenen Kriegsführung wäre endgültig gescheitert.

Ein Bild, wie es im übrigen Rußland aussieht, geben folgende Neuter Meldungen: Generalmajor Karkow, der Kommandeur einer Division sibirischer Schützen, ist in Niga ermordet worden, als er in der Nähe des Bahnhofs spazieren ging. Die Soldaten, unter denen Karkow sehr beliebt war, glauben nicht, daß die Mörder Soldaten waren. Der Ausschuss des Bezirkes Schischelburg erklärte sich unabhängig und bildete verschiedene Unterausschüsse. Die Führer be-

schlossen, den ländlichen Privatbesitz und die Viehherden sofort zu beschlagnahmen. Der Präsident der Semstwo und verschiedene frühere Semstwomitglieder wurden verhaftet.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Der gescheiterte Durchbruch.

Obwohl sich die amtlichen Stellen Englands immer noch krampfhaft bemühen, die Welt zu überzeugen, daß die Kämpfe, die im Gebiet von Arras im Gange sind, sich nicht aus einer Durchbruchabsicht der Engländer entwickelten, finden sie auch bei ihren freundlich gesinnten Neutralen keinen Glauben mehr. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, so hat ihn die Häufung von Artilleriematerial hinlänglich erbracht. Nach einer vorläufigen amtlichen Schätzung dürften an der gesamten 20 Kilometer langen Angriffsfront vom Ostermontag mindestens 4000 Geschütze und Minenwerfer in siebenstägigem Feuer durch 9 bis 10 Millionen Geschosse die deutschen Stellungen sturmreif geschossen haben. Die von den Engländern bis zum 10. Mai in der Angriffsfront verfeuerten Munition darf auf mindestens 25—30 Millionen Granaten und Minen berechnet werden.

Rußlands Kriegskosten.

Der russische Finanzminister Tereschenko erklärte, die russischen Staatsschulden seien in den drei Kriegsjahren von 8800 auf 36 000 Millionen Rubel gestiegen, die Kriegskosten, die bei Kriegsbeginn 15 Millionen täglich betragen hätten, erreichten heute 50 Millionen. Man erwarte kräftige finanzielle Hilfe von den Ver. Staaten, doch hätten diese eine Erklärung der einstweiligen Regierung über die Lage des Landes eingefordert und Bürgschaften verlangt, wie der Minister des Äußeren Miljutow in der Nachtitzung vom 3. zum 4. Mai im Vollstehenden Ausschusse der Arbeiter- und Soldatenrates mitgeteilt habe. Dies sei die wichtige Geheimnote, von der in den letzten Tagen gesprochen worden sei.

Das gescheiterte Saloniki-Unternehmen.

Die führenden Balkanländer besaßen sich mit der Balkanfrage und erkennen die wachsenden Schwierigkeiten des Saloniki-Unternehmens an. Sie schreiben, Sarraills Hauptaufgaben, die Wiedereroberung Serbiens und Rumaniens, seien endgültig gescheitert. Der U-Boot-Krieg gefährde die Salzung Mazedoniens. Das Problem erfordere schleunige Lösung. Der Fachkritiker des „Matin“ sagt, die Verbündeten würden gut tun, die dem Balkanunternehmen zugewiesenen Aufgaben als undurchführbar aufzugeben, denn die Lonnagefrage rechtfertige die Weiterführung nicht.

Hilfsmittel gegen die U-Boote.

Die „New York Times“ schreiben über die Rolle, die die Amerikaflotte gegenüber den U-Booten spielen könne: Ebenso wie England werden wir unsere großen Schlagschiffe im Hafen lassen und nur die schnellsten Fahrzeuge hinausjücken. Gegen Tauchboote, deren Höchstgeschwindigkeit 20 Knoten beträgt, haben wir Panzerkreuzer mit durchschnittlicher Schnelligkeit von 22 Knoten. Die Hauptrolle werden natürlich die Torpedojäger und Torpedoboote spielen. Am Jahresanfang standen 43 Torpedojäger von 30 Knoten zur Verfügung, 28 andere sind im Bau, wovon 8 mit 38 Knoten bald fertiggestellt sind. Für den Patrouillendienst auf See sind 17 Torpedojäger nötig mit 24 bis 30 Knoten. Wenn man hierzu die fast unbegrenzte Zahl äußerst schneller Motorpatrouillenschiffe rechnet, die jederzeit in Dienst genommen werden können, sei die amerikanische Flotte durchaus imstande, der Tauchbootgefahr an dieser Seite des Atlantik zu begegnen. — Man merke wohl auf: An dieser Seite des Atlantik, d. h. an der amerikanischen. Wie man die Verbündeten gegen die Tauchbootgefahr unterstützen will, die doch alle Hoffnung auf Amerika setzen, davon ist nicht mehr die Rede.

Deutscher Reichstag.

(Orig.-Bericht.) Berlin, 10. Mai.

Auf der Tagesordnung des Reichstags standen die deutsch-türkischen Rechtsverträge.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtts Zimmermann leitete die Aussprache mit etwa folgenden Bemerkungen ein: Der Zweck der Verträge ist, für die Kapitulationen einen Ersatz zu schaffen. Diese waren ursprünglich ein Zeichen, daß die Fremden in der Türkei nur geduldet wurden und sich selbst überlassen sein sollten. Im Laufe der Zeit aber wurde daraus ein Vorrecht, die Fremden nahmen eine bevorzugte Stellung ein. Das wurde von der Türkei als ein Übel empfunden, namentlich seit Japan als erster nicht christlicher Staat von der Konular-Gerichtsbarkeit befreit worden war. Überdies ist 1908 die Türkei in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten. Es herrschte dort schon vor dem Kriege der einseitige Wunsch, die Kapitulationen zu beseitigen. Das suchte der Vierverband gegen uns auszunutzen, indem sie sich zum Verzicht auf die Kapitulationen bereit erklärte, wenn die Türkei neutral bleiben würde. Die Türkei zog daraus nur die Folgerung, daß die Kapitulationen abgeschafft werden müßten, aber ihre Neutralität sei nicht käuflich. Wenige Monate später trat die Türkei an unsere Seite, und es ist bekannt, wie sich

Die Türken als Bundesgenossen

bewährt haben. Wir haben anerkannt, daß die Abschaffung der Kapitulationen für das osmanische Reich das Vornehmste, wenn nicht das einzige Kriegsziel sei. Im beiderseitigen Interesse bitte ich Sie, die Verträge möglichst bald und möglichst einhellig anzunehmen.

Die Abgeordneten Dr. Spahn (Zr.), Dr. v. Listz (fortsch. Vp.), Kretsch (kons.), Dr. Thoma (natl.), Freiherr v. Nischhofen (natl.), Mertin (Dsch. Frakt.) und Landsberg (Soz.) sprachen sich unter warmer Anerkennung dessen, was die Türkei im Kriege geleistet hat, für die Annahme der Verträge aus. Dr. Landsberg erklärte nur, gegen den Auslieferungsvertrag stimmen zu müssen, weil er als Auslieferungsgrund auch politische Verbrechen und Vergehen vorzöge. Die Verträge wurden angenommen. Es folgte dann die

Besprechung der Ernährungsfragen.

Dazu nahm nach den Berichterstattern zuerst das Wort der Leiter des Kriegsernährungsamtes v. Batocki: Wir können dankbar dafür sein, daß trotz der zunehmenden Schwierigkeiten die landwirtschaftliche Erzeugung einigermaßen auf der bisherigen Höhe blieb. Der Mangel bei unseren Feinden ist viel größer, trotzdem die Verhältnisse bei ihnen viel günstiger liegen. Es kommt darauf an, eine gerechte Verteilung herbeizuführen. Das aber kann nicht der freie Handel, sondern nur die öffentliche Bewirtschaftung. Auch unsere Feinde gehen mehr und mehr zur öffentlichen Bewirtschaftung über. Ohne rasche Eingriffe in die Produktion ist die öffentliche Wirtschaft freilich nicht möglich. Die bewirtschafteten Waren verschwinden nicht vom Markt. Sie verschwinden nur aus den Schaufenstern, in denen sie zu hohen Preisen für reiche Leute bereit lagen, und werden der Gesamtheit der Verbraucher zugeführt. Fehler haben wir auch gemacht. Die Hoffnungen auf die Ernteergebnisse in den besetzten Gebieten haben enttäuscht. Rumänien wird sie vielleicht erfüllen, aber lange nicht in dem phantastischen Umfang, den das Volk allgemein annimmt. Schließlich hat man Hoffnungen auf unsere Verbündeten gesetzt. Die Türkei und Bulgarien aber führten schon Kriege, als bei uns noch tiefer Friede herrschte, und Ungarn hat schwere Missernten hinter sich. Wir sind also allein auf uns selbst gestellt. Wir waren hauptsächlich auf die Einbuhr von Getreide angewiesen. Das deutsche Volk hat die Kohlrübenprobe des letzten Winters glänzend bestanden. Wir werden auch in diesem Jahre die Prophegeungen unserer Feinde zunichte machen. (Abg. Lederer (Zentr.): Man muß auf die Stimmung der Landwirte Rücksicht nehmen. Denken Sie an die russischen Bauernunruhen. In Bayern sind die Verhältnisse golden im

Vergleich zum Norden. Für 50 oder 75 Pf. bekommen Sie bei uns noch den schönsten Braten. Das liegt einzig an der besseren Nationierung und daran, daß wir keinen Wucher haben.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): In dieser harten Zeit muß auch der Bauer hergeben, was für die Allgemeinheit notwendig ist. Es ist geradezu erkauntlich, daß der erste Redner des Zentrums hier die Ernährungsfragen so einseitig und so wenig sachlich würdigen konnte. Der Redner übt im einzelnen eingehende Kritik an den Fehlern, die in der Regelung der Volksernährung und insbesondere in der Verteilung der Vorräte begangen worden seien. Darauf vertagte sich das Haus.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung u. a. den Entwurf einer Bekanntmachung betr. Volkfreiheit für Erdbeeren und Karpfen, den Entwurf eines Gesetzes betreffend ein Verbot der Abwägung des Warenmaßstapfels und den Entwurf einer Bekanntmachung betr. das Verbot der Verarbeitung von Topinambur zu Branntwein angenommen.

* Im Verfassungsausschusse des Reichstages wurde nach längerer Debatte folgende Entschließung angenommen: Den Reichstanzler zu eruchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß bis zu einer allgemeinen neuen Festsetzung des Verhältnisses der Wählerzahl zur Zahl der Abgeordneten die Wahlkreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vermehrung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten. — Die Beratung der Wahlfreizeitfrage im Verfassungsausschusse des Reichstages hat gewisse Schwierigkeiten gezeigt, zu deren Beseitigung Besprechungen zwischen den Nationalliberalen, dem Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und den Sozialdemokraten stattgefunden haben, die bereits zu einer Einigung über die Frage der Einführung der Verhältniswahl geführt haben sollen.

* In parlamentarischen Kreisen rechnet man allgemein mit einer Sommertagung des Reichstages. Es soll dem Verfassungsausschusse das bisher schon dem Hausaltersauschusse gewährte Recht gegeben werden, auch während der Reichstagsferien seine Beratungen fortzusetzen. Diese Ferien sollen aber auch nicht bis zum Herbst dauern, da angenommen wird, daß sich gerade in den kommenden Monaten Fragen von der größten Bedeutung ergeben könnten, die eine sofortige Erörterung erfordern.

Italien.

* Trotz der Arbeit der Behörden und der Kriegshege läßt sich die Friedensbewegung nicht mehr unterdrücken. In fast allen Städten Norditaliens fanden Kundgebungen statt und die Sozialisten fordern, die Regierung solle schon jetzt in der Kammer mitteilen, in welcher Weise sie sich an der kommenden Friedenskonferenz zu beteiligen gedenkt, damit nicht wieder unverantwortliche Politiker, wie bei Kriegsausbruch, das Wort führen.

Schweden.

* Die Teilnehmer an der sozialistischen Friedenskonferenz sind immer noch nicht mit Sicherheit festgelegt. Der Vorstand der englischen Arbeiterpartei hat ausdrücklich eine Teilnahme an der Stockholmer Konferenz abgelehnt. Ebenso tobt der Kampf der Mehrheit und Minderheit der französischen Sozialisten immer noch weiter. Der Vertreter der Minderheit Longuet weist in einem Brief an den Temps darauf hin, daß auch Russen aller Parteirichtungen, unter ihnen Tschcheidt und Kerenski, in Stockholm sein würden. Er, Longuet, wolle auch in Stockholm die Rückgabe von Glas-Vorbringen. verlangen. Aber die Mehrheit lehnte ab. — Die Aussichten des Kongresses werden also immer geringer.

Friede Sörrensen.

6] Roman von S. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.)

„Wofür? Dir? Wie könnte ich dir böse sein, mein gutes, liebes Kind. Was du mir gewesen bist in all der letzten bitteren Zeit, das habe ich erst heute voll empfunden. Gott segne dich dafür! Und nun geh, es ist Zeit, zu Tisch zu gehen, Mama wartet nicht gern!“
Nuth lächelte ihn noch einmal.
Er nickte ihr zu, und sie ging hinaus.

5.

Nuth hatte am Nachmittag einen Althändler in der Wilhelmstraße aufgesucht und ihm ihr Anliegen vorgebracht. Während sie in dem mit allerlei Altertümern angefüllten Laden auf sein Erscheinen wartete, sah sie sich einen an der Wand hängenden Gobelin an. Das Herz klopfte ihr bis zum Hals hinauf, als sie zu erkennen glaubte, daß dieses Gewebe jenem in der Truhe sehr ähnlich sah.

Der Händler hatte sich sofort bereit erklärt, zu kommen und sich die Sachen anzusehen.

Er traf auch noch am selben Nachmittag pünktlich ein und Nuth führte ihn zum Speicher hinauf.

Klug und bedacht führte sie die Verhandlung mit ihm. Der Händler hatte mit dieser jungen Dame durchaus nicht so leichtes Spiel, wie er gehofft hatte.

Wie um ihr Verbeugnis feilschte sie mit ihm. Sie stellte ihre Forderungen sehr hoch, in der Voraussetzung, daß er viel weniger bieten würde.

Und sie zeigte ihre heiße Freude nicht, als sie schließlich für Silber und Wäcker, Vant und Truhe siebenhundert Mark gelöst hatte. Der Althändler feilschte und feilschte und verhielt sich hoch und teuer, daß dies ein Geschäft sei, bei dem er nicht einen Pfennig verdiene. Nur aus Gefälligkeit gegen den Herrn Major von Steinbach und das gnädige Fräulein Tochter zahlte er so horrende Preise.

Nuth war klug genug, um nicht daran zu glauben, und ließ ihren Vorteil nicht aus der Hand.

„Is das alles, was Sie mer haben zu verkaufen?“ fragte der Händler, nachdem das Geschäft abgeschlossen war.

Nuth holte tief Atem und zwang sich zu einer gleichgültigen Miene.

„Einen Gobelin habe ich noch zu verkaufen. Haben Sie dafür Interesse?“ fragte sie ruhig.

„Einen Gobelin? — Warum soll ich nicht haben Interesse für einen Gobelin, da ich habe das größte Geschäft damit. Bitte zeigen Sie mir,“ antwortete der Händler und seine Augen funkelten begehrlig.

Nuth holte das Gewebe hervor.

„Es ist ein sehr schönes und wertvolles Stück,“ sagte sie, als wisse sie ganz genau Bescheid.

„Nu — werd' ich kaufen, wenn es ist schön und wertvoll.“

Nuth breitete das Gewebe aus und beobachtete scharf das faltige, schlaue Gesicht des Alten. Aber kein noch so leises Zucken verriet ihr, was er dachte. Herzloppend wartete sie seine genaue und unmißliche Prüfung ab.

Endlich richtete er sich hoch und sah mit einem kurzen, scharfen Blick in ihr Gesicht. Sie vermochte ihre ruhige Miene festzuhalten.

„Was soll er kosten — der Gobelin?“

Nuths Hände zitterten. Sie ließ den Gobelin fallen und blickte sich danach, um ihre Unruhe zu verbergen. Dann nahm sie allen Mut zusammen und sagte klar und bestimmt:

„Dreitausend Mark.“

Der Händler duckte den Kopf zwischen die Schulter und machte eine abwehrende Gebärde.

„Warum haben Sie aufbewahrt den Gobelin hier oben auf dem Speicher, wo er konnte zerfressen werden von den Motten?“ fragte er, statt aller Antwort.

Nuth frohlockte. Sie wußte jetzt, daß sie tatsächlich ein kostbares Gewebe gefunden hatte.

„Da wir ihn verkaufen wollten, sollte er nicht in unserer Wohnung hängen bleiben. Haben Sie Lust, ihn zu erwerben?“

„Lust? Wie heißt Lust. Werd' ich ihn kaufen, wenn Sie mir einen Preis stellen, wo ich kann dabei was verdienen.“

„Ich stelle Ihnen doch schon einen Preis.“ Er zuckte die Achseln und schüttelte den Kopf.

„Wenn ich will machen damit ein Geschäft, kann ich Ihnen zahlen die Hälfte, mehr nicht.“

Nuth hätte am liebsten laut aufjubelt, aber sie brachte es fertig, nun auch ihrerseits bedauernd die Achseln zu zucken.

„Dann können Sie ihn nicht bekommen. Zweitausend Mark sind mir schon dafür geboten worden, aber er war mir nicht dafür feil,“ sagte sie kühn.

Der Händler blickte sie wieder forschend an. Dann begann er von neuem, den Gobelin zu prüfen, zu messen und von sich abzuhalten.

„Wenn ich Ihnen werde geben zweitausend Mark, werden Sie mir lassen das Stück?“

„Nein, das ist mir zu wenig.“

„Dann will ich geben noch hundert Mark drauf.“

„Auch das genügt mir nicht.“
Da ließ er den Stoff fallen und wandte sich zum Gehen.

„Dann ist nicht zu machen das Geschäft.“
Nuth erschrak und wollte schon auf seinen Vorschlag eingehen. Da sah sie, wie er an der Tür zögerte, scheinbar ruhig legte sie das Gewebe zusammen. Da sagte er leisend:

„Werde ich legen noch hundert Mark darauf, dann ist er bezahlt glänzend. Sie müssen doch auch mich verdienen lassen ein paar Mark. Und ich werde verdienen keinen Heller, wenn ich mehr zahle als zweitausendhundert Mark.“

Nuth richtete sich auf.

„So will auch ich Ihnen meine niedrigste Forderung sagen. Geben Sie mir zweitausenddreihundert Mark, dann gehört der Gobelin Ihnen und Sie werden noch ein schönes Stück Geld daran verdienen.“

„Haßt das e Geschäft, wenn ich muß warten jahrelang auf einen Käufer und verdienen dann, wenn ich habe Glück, hundert Mark?“

„Sie werden mehr daran verdienen. Unter dreitausend Mark brauchen Sie diesen Gobelin nicht zu verkaufen. Zweitausenddreihundert Mark — nicht einen Pfennig weniger.“